

Berlin, den 4. Dezember 2023

**Einladung zum Online-Pressgespräch am Donnerstag, den 7.12.23 von 13:30 – 14:30.
„Der Rechtsstaat hat die Betroffenen eines schweren Neonazi-Angriffs am 1. September
2018 in Chemnitz über 5 Jahre im Stich gelassen.“
Nebenklagevertreter*innen, Nebenkläger*innen und Opferberatungsstelle SUPPORT der
RAA Sachsen erläutern die Hintergründe vor Prozessbeginn am LG Chemnitz gegen ein
Dutzend militante Neonazis ab 11. Dezember 2023 wegen einer Neonazi-Hetzjagd am 1.
September 2018 in Chemnitz**

Am Montag, den 11. Dezember 2023 beginnt über fünf Jahre nach den schweren Neonazi-
Angriffen auf mehr als ein Dutzend zivilgesellschaftliche Gegendemonstrant*innen am 1.
September 2018 der erste von drei Prozessen wegen gefährlicher Körperverletzung und
Landfriedensbruchs gegen ein halbes Dutzend Angeklagte aus dem gesamten Bundesgebiet.

Zum Hintergrund des Verfahrens: Am Rande des Aufmarschs vom 1. September 2018 von über
10.000 Aktivisten und Anhänger*innen der extremen Rechten in Chemnitz – darunter die Füh-
rungsriege der rechtsextremen AfD, der Neonazi-Kleinstpartei Freie Sachsen und militante Neo-
nazis aus dem gesamten Bundesgebiet – verübte eine Gruppe von zwei Dutzend organisierten Ne-
onazis und rechten Kampfsportaktivisten aus dem gesamten Bundesgebiet gezielte Angriffe auf
antirassistische Gegendemonstrant*innen. Sie verletzten mehrere Personen. Drei Jahre dauerte es
allein bis zur Anklageerhebung im Jahr 2021 gegen 19 polizeibekannt, überwiegend einschlägig
vorbestrafte Neonazis aus NRW, Niedersachsen, Sachsen und Thüringen durch die Generalstaats-
anwaltschaft Dresden. Zum 5. Jahrestag des Angriffs warteten die Verletzten noch immer auf ei-
nen erstinstanzlichen Prozessbeginn am Landgericht Chemnitz. „Die Verletzten und Nebenklä-
ger*innen fühlen sich vom Rechtsstaat im Stich gelassen“, betonen die Opferberatungsstellen Sup-
port der RAA Sachsen und response Hessen, die die Angegriffenen seit fünf Jahren begleiten. „Die ju-
ristische Aufarbeitung der Welle rassistischer und rechter Gewalt im September 2018 in Chem-
nitz, entmutigt die Angegriffenen und stärkt militante Neonazinetzwerke“, betont der Verband der
Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.).
„Der Prozess am Landgericht Chemnitz ist auch deshalb von besonderer bundesweite Bedeutung.“

Im Pressgespräch teilen folgende Prozessbeteiligte vor Beginn der Hauptverhandlung ihre Ana-
lysen und Hintergrundinformationen: **Dr. Kati Lang**, Rechtsanwältin aus Dresden und Nebenkla-
gevertreterin der Angegriffenen erläutert die Ausgangssituation vor Prozessbeginn und die jahre-
lange Verschleppung durch die sächsische Justiz. **Nebenkläger*innen** erläutern ihre Erwartun-
gen an den Prozess und **Vertreter*innen der Opferberatungsstelle SUPPORT der RAA Sach-
sen** analysieren die Bedeutung der Hauptverhandlung.

**Zur Teilnahme am Online-Pressgespräch bitten wir um Anmeldung bis zum 7. Oktober 11
Uhr an: info@verband-brg.de. Sie erhalten dann einen Zoom-Link.** Falls der Termin oder das
Thema in die Zuständigkeit anderer Kolleg*innen in Ihrer Redaktion fällt, bitten wir um
entsprechende Weiterleitung der Einladung. Kontakt: Heike Kleffner, info@verband-brg.de; 030-
33859577.

Mit freundlichen Grüßen

das Team des VBRG e.V.